

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW61, Dreibundstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 7. August 1929

Nummer 63

Berliner Unternehmerbrutalität

Bisher nahm ein Teil der Berliner Metallindustriellen den Ruhm für sich in Anspruch, der aggressivste aber auch rücksichtsloseste Vertreter des Unternehmertums zu sein. Dieser zweifelhafte Ruhm scheint einige Herren der Berliner Prinzipalseitung veranlaßt zu haben, aus ihrem stillen Tagesleben herauszutreten und auch einmal sich in verstärkter Scharfmacherei zu betätigen. Denn anders kann man die Ausführungen des Herrn Herper in der Versammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker-Besitzer E. V. (Siehe „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“ Nr. 61 vom 30. Juli 1929) wirklich nicht auffassen, die wörtlich wie folgt lauten:

Herr Herper wies im Anschluß hieran auf die Arbeitsmarktlage hin, die sich immer mehr zuungunsten der Gehilfenschaft entwickelte (1548 Arbeitslose, gegen 400 im Vorjahre um die gleiche Zeit), ohne daß diese gewillt sei, von ihrer Lohnpolitik abzulassen. Es sei einfach unverständlich, daß bei einer derartigen Arbeitslosigkeit der Tariflohn noch immer nicht Einstellungslohn geworden sei und die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter 10 bis 50 Proz. über Tarif entlohnt werde. Er erwähnte die Anwesenheit, jeden Gehilfen zu entlassen, der entbehrlich sei.

So offen, so zynisch, so brutal das meines Wissens noch nie ein Buchdruckerprinzipal seine wahren Ansichten ausgesprochen, und auch noch nie ist dem bisher oft anerkannten sozialen Sinn der Buchdruckerunternehmer Deutschlands so ins Gesicht geschlagen worden.

Das Originellste dabei ist, daß diesen so eindeutigen Ausführungen ein Referat voranging über das sogenannte „Kollektive Abkommen“, in dem gefordert wurde, daß man sich nicht auf eine „starke Bindung auf die Preise des Preisarbeits“ festlege, sondern daß man „angemessene Preise“ verlangen müsse. Also: Was man selbst, für sich, für richtig hält und propagiert, das verurteilt man eine halbe Stunde später bei den Gehilfen und ahndet es mit Entlassung, mit Brotlosmachung.

Nun gibt es ja in jedem Lager kleine Kratexler und Vögler, die klaffen neben dem Organisationswagen herlaufen. Aber die geht man zur Tagesordnung über! — In diese Kategorie von Zeitgenossen ist aber der betreffende Redner, Herr Johannes Herper, nicht einzutragen, er ist nicht ein sogenannter K-Beliebiger, sondern der Stellvertretende Vorsitzende des Vereins Berliner Buchdrucker-Besitzer, und außerdem mehrfacher, angesehener Funktionär der Berliner Prinzipale. Darum haben seine Ausführungen auch zwangsläufig eine ganz andere Bedeutung, als wenn sie irgendein verärgertes oder mißmutiger Versammlungsteilnehmer in der Diskussion gemacht hätte. Und daß sie die Willensmeinung der anwesenden Vereinsmitglieder und wohl auch der Prinzipalseitung waren, beweist ihre wörtliche Wiedergabe in dieser prononcierten Schärfe und ihre Veröffentlichung in der „Zeitschrift“. Ich betrachte das als eine offene Kampfanfrage und bin für meinen Teil bereit, im Interesse meiner Kollegen den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Welche Maßnahmen gegen solche Unternehmerwut der Berliner Gewerkschaft ergreift, ist diesem zu überlassen und wird sich in Kürze zeigen — das ist meine eigne, örtliche Angelegenheit.

Um aber die Kollegenschaft außerhalb Berlins vor Schaden zu bewahren, fühle ich mich verpflichtet, nachstehend etwas näher auf die Berliner Verhältnisse im allgemeinen einzugehen. Wir haben die Beweise, daß der Kampf gegen den etwas höheren Berliner Lohn schon jahrelang im geheimen, sozusagen „hinter den Kulissen“ geführt wurde. Das zeigten uns die vielen Zusätze und Angebote auf Gesuche inserierender auswärtiger Gehilfen, die stets als Lohnrücker gemißbraucht werden sollten — was auch zu oft gelang. Leider zum Schaden der betreffenden Vereinigungen! Was alles von auswärts — aus dem Reich wie aus dem Ausland — zum Teil unter den günstigsten Preisbedingungen, oft aber auch nur „zur Probe auf vier Wochen“ herbeigeholt werden sollte, läßt sich kurz nicht einmal andeuten. Niemals wurde dabei Rücksicht auf den Stand der Arbeitslosigkeit genommen, niemals auf Rücksicht auf die Eignung des „Importierten“ für den ihm angebotenen Posten, wobei der Zugewinn meist den hohen Anforderungen der Arbeitgeber nicht genügte und darum

oft nach ganz kurzer Zeit entlassen wurde, das Heer der Arbeitslosen vergrößerte und dem Elend der Großstadt überliefert wurde.

Daß das Engagieren auswärtiger Kräfte trotz teilweiser großer Arbeitslosigkeit vielfach Erfolg hatte, beweisen folgende Ziffern: Im Jahre 1928 sind 762 Verbandsmitglieder zugereist und in Berlin in Kondition getreten, und in den ersten sieben Monaten dieses Jahres haben allein 180 Kollegen ohne Ansuchen hier Stellung genommen — zum Teil unter ganz erbärmlichen Lohnbedingungen! Daß wir uns das auf die Dauer nicht länger gefallen lassen, wird jeder deutsche Kollege begreiflich finden!

Dabei haben es die Berliner Prinzipale bei der meist großen Arbeitslosigkeit in Berlin so ungeheuer leicht, Arbeitskräfte vom Städtischen Arbeitsnachweis zu beziehen, die auf längere oder kürzere Zeit zur Verfügung gestellt und bei Nichtbeugung abends wieder entlassen werden können, ohne daß die engagierende Firma irgendwelche Garantie für längere Arbeitsdauer eingehen müßte, was doch — moralisch wenigstens — stets der Fall ist, wenn man jemand aus Stellung oder Heimat herausreißt. Es muß also doch einen plausiblen Grund geben, warum man den mit den einheimischen Arbeitsverhältnissen Vertrauten verschmäht und den auswärtigen Gehilfen, der sich in die eigenartigen Berliner Arbeitsmethoden erst einarbeiten und einleben muß, vorzieht. Und da kommt man auf den Kardinalpunkt der ganzen Frage, die auch Herr Herper so offenerzig enthüllt: Man hält den Auswärtigen nicht nur für williger, sondern auch für billiger!

Gewiß sind die Berliner Buchdruckerlöhne etwas höher als in der Provinz, doch hat dies auch sehr begründete Ursachen. Denn nur aus gutem Herzen geht wirklich kein Unternehmer über den Tarif. Ganz abgesehen von den gesteigerten technischen Anforderungen, die grandioser sind als in der Provinz sind, da in Berlin meist nur spezielle Teilarbeit unter den schärfsten Kontrolleinstellungen vorhergeht, ferner ganz abgesehen davon, daß in Berlin 147 Zeitungen und mehr als 2500 Zeitschriften erscheinen, die mit andern „Schnellschüssen“ eine regelmäßige Arbeitszeit und normale Arbeitsweise zwangsläufig unmöglich machen und den Gehilfen in eine ständige Heißjagd versetzen, abgesehen davon also sind noch einige Momente zu verzeichnen, die Berlin als besonders teures Pflaster erscheinen lassen: Die Frage der Wohnungsmieten und der weiten Entfernung der Wohnungen von dem Arbeitsplatz. Bei dem Mangel an Kleinwohnungen sind Hunderte von Verheirateten gezwungen, möbliert zu wohnen, was bedeutende Kosten verursacht; ein größeres leeres Zimmer kostet monatlich 50 bis 60 M.; 27,4 Proz. untrier Kollegen wohnen in Neubauten und zahlen monatlich für 1½ Zimmer (Stube, Kammer und Küche) 62 bis 70 M., für 2½ Zimmer (2 Stuben, Kammer und Küche) aber 75 bis 84 M. Die ledigen Kollegen (14,2 Proz.) zahlen für einfache Schlafstellen mit Kaffe und 2 Brötchen ohne Zutat 40 bis 45 M. und für möblierte Zimmer 60 bis 65 M. monatlich. Dazu kommt vielfach das hohe Fahrgehd in Folge der großen Entfernungen. Von 12 356 erfahrenen Kollegen bezahlten täglich 40 Pf. bis 1,100 bis zu 90 Pf. täglich und 180 gar über 1 bis 1,00 M. täglich, während die übrigen sich eines Fahrradbesitzes bedienen. Im Fahrzeit verbrauchten rund 4000 Mitglieder bis zu 1 Stunde, 3703 rund 1½ Stunden, 2900 bis zu 2 Stunden, 1400 bis zu 3 Stunden, 127 bis zu 3½ Stunden, 85 bis zu 4 Stunden, 30 bis zu 5 und 2 sogar 6 Stunden! Das bedeutet eine Verlängerung der Arbeitszeit, die dem Betroffenen manche kostbare Stunde seiner nötigen Ruhezeit raubt. Das sind die ungeheuren Verhältnisse der Millionenstadt, die so manchen Zugewanderten sehr bald zum Wahnwitz zwingen und ihn in die Reihen der Unzufriedenen drängen, wenn nicht ein diesen Verhältnissen entprechender Lohn gezahlt wird.

Dazu kommen noch die auch sonst recht eigenartig gelagerten Einstellungen der Berliner Prinzipalität. Es gibt vier Arten von Firmen: 1. Solche, die in gutem Verhältnis zur Gehilfenschaft stehen; 2. solche, die ständig den Arbeitsnachweis ignorieren und Kräfte von auswärts als Lohnrücker suchen; 3. solche, die wohl den Beitrag für die sozialen Kassen abgeben, aber nicht abliefern; und 4. solche, die den Lohn nur in Katen zahlen. Aber die unter 2) angeführten ist das Nötige schon oben gesagt. Daß die unter 3) Klazierten nicht etwa eine kleine Minderheit sind, beweisen die Jahresberichte der Ortskantontasse für das

Buchdruckgewerbe Berlins, die dartun, daß im Jahre 1927 genau 1596 Zwangsentsetzungen und 1928 gar 1732 erfolgten mußten, und daß 16 Strafverfolgungen mit Geld- und Gefängnisstrafen durchgeführt wurden. Außerdem werden 306 ruftierende Firmen aufgeführt und weitere 63 Firmen, die am Jahresfluß 1928 nicht weniger als 14 737 M. Schuldbetrag zu leisten hatten!

Zu den unter 4) angeführten Firmen, die nur Teilzahlungen des Lohnes leisteten oder ihn ganz schuldig blieben, ist nur zu bemerken, daß im Jahre 1928 gegen 131 Firmen Lohnklagen beim Arbeitsgericht eingeleitet und von uns vertreten wurden, die den Klägern zwar ein Zwangsvollstreckungsurteil, aber meist keinen Lohn eintrugen, weil entweder kein Geld oder keine Masse vorhanden war oder die armen Kollegen auf ganz raffinierte Weise um ihren ehrlich verdienten Lohn gebracht wurden.

Die vorstehenden Darstellungen beweisen zwingend, wie nötig es ist, daß kein Kollege ohne Billigung des Gewerkschaftsvorstandes in Berlin annimmt, wenn er sich vor schweren Schäden bewahren will.

Daß der Berliner Gewerkschaftsvorstand gegen derartige Firmen, die mit Vorliebe von auswärts engagieren, einen schweren Kampf zu führen hat, wird jedem Einsichtigen einleuchten.

Wenn bei solchen Verhältnissen noch von einer so prominenten Persönlichkeits, wie sie Herr Herper ist, die Kampffront ohne Grund und Ursache vergrößert wird, hat die Gehilfenschaft — und nicht nur die Berliner — allen Anlaß, sich zur Wehr zu setzen. Symptomatisch vor allem ist der Zeitpunkt, an dem die Attacke geritten wird: Man benützt die Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit, um den lange ersehnten Lohndruck durch rücksichtslose, forcierte Entlassungen vorzunehmen — ein sehr edles Unternehmen. Und der Zeitpunkt ist wirklich glücklich gewählt! Wir hatten am 1. August d. J. 1691 Arbeitslose (gegen 697 am 1. August 1927 und 632 am 1. August 1928), von denen Hunderte bereits ausgesteuert sind und weitere Hunderte vor der Aussteuerung stehen. Also die geeignetste Zeit zum Angriff! Erstrecklicher Weise hat man sich aber in der Widerstandskraft der Berliner und im Solidaritätsgefühl der auswärtigen Kollegen getäuscht. Denn ich bin der festen Überzeugung, daß unter solchen Umständen kein deutscher Kollege sich noch weiter dazu mitbrauchen lassen wird, den Scharfmachern Berlins unfreiwillige Helferdienste zu leisten — im Gegenteil, ich erwarte, daß Angebote von Berlin in dieser Kampfsituation dahin wandern, wohin sie gehören: in den Papierkorb! Geschicht dies, dann werden die Berliner Verbandskollegen auch diesen Angriff abschlagen — zum Nutzen und im Interesse der gesamten deutschen Gehilfenschaft!

Berlin. Robert Braun.

Das Buchgewerbe im Ausland

Tschschlowakel. Von der Gemeinsamen Vertretung der graphischen Gehilfenschaft in Böhmen, Mähren und Schlesien wurde am 30. Juni die Kündigung des jetzt in Geltung stehenden Lohn tarifs überreicht; desgleichen wurde auch von der Unternehmerorganisation, dem Verband der graphischen Gremien in der Tschschlowakischen Republik, die Kündigung des bis zum Ablauf dieses Jahres noch gültigen Lohn tarifs vollzogen und eine teilweise Revision angekündigt. Ebenso erfolgte die beiderseitige Kündigung des geltenden Tarifs auch in der Slowakei. Ein Austausch der Urträge zum neuen Tarif hat noch nicht stattgefunden, doch geht aus den „Graphischen Blättern“, dem offiziellen Unternehmerrorgan, und aus sonstigen Stimmen aus ihren Kreisen hervor, daß die Prinzipale und insbesondere ihre Vertreter aus der Provinz von der diesmaligen Revision des Tarifs die Erfüllung all ihrer nicht wenigen frommen Wünsche erwarten, und daß jetzt der richtige Moment sei, wo die Gehilfenschaft an die Wand gedrückt werden könne. So wurde z. B. in einem Artikel des obigen Unternehmerrorganes verknüpft, daß in der Bedienung der Segmaschine nun endlich eine Änderung eintreten müsse; die Maschinenseher verstehen angeblich nicht den Mechanismus der Maschine, und darum sei es notwendig, daß auch Nichtbuchdrucker — Mechaniker und Uhrmacher — diese Bedienen dürfen, wiewohl letztere nach Ansicht des Artikelschreibers besser arbeiten würden als Maschinenseher. In einem redaktionellen Anfang wird allerdings gegen die Unstimmigkeit und Undurchführbarkeit

umwälzung mit Hilfe der jungen deutschen Republik gegründet worden ist. Der kleinere Teil der Forschungsstätten ist den sogenannten Geisteswissenschaften gewidmet (z. B. die Institute für ausländisches öffentliches Recht, Völkerrecht, ausländisches und internationales Privatrecht), der größte Teil den Naturwissenschaften, wie die Institute für medizinische Forschung, physikalische Forschung, physikalische Chemie und Elektrochemie, Kohlenforschung, Eisenforschung, Feuertoffchemie, Silikatforschung, Gesteinsforschung usw. Das Institut für Züchtungsforschung dient der Förderung der Landwirtschaft. Das Institut für Arbeitsphysiologie widmet sich besonders den Fragen der Ermüdung, der Zweckmäßigkeit des Arbeitsprozesses, der Arbeitskleidung und der Ernährung. In sein Dankwort an die beiden leitenden Herren der Gesellschaft flocht der Bundesvorsitzende Th. Leipart — der selbst Senator der Gesellschaft ist — die Anregung ein, der Erforschung der Arbeitskraft mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Gesellschaft würde sich ein neues Verdienst erwerben, wenn sie sich entschließen könnte, den Gesundheitschutz im Betriebe künftig durch ein besonderes Forschungsinstitut für Gewerbehygiene systematisch bearbeiten zu lassen. Den Vorträgen schloß sich die Besichtigung des von den Gewerkschaften gestifteten Regien-Zimmers im Garnat-Haus an sowie ein Rundgang durch einige der Forschungsinstitute, deren wissenschaftliche Leiter in zuvorkommender Weise über die Aufgaben und Erfolge ihrer Arbeit Auskunft gaben.

In der Nachmittags-Sitzung erstattete Leipart den Bericht des Bundesvorstandes. Der A. D. G. B. hätte am 1. Juli sein zehnjähriges Jubiläum feiern können. Es ist davon Abstand genommen worden. Aber es sei doch wenigstens mit einigen Worten der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die festere Bindung der Gewerkschaften durch die Gründung des Bundes nicht bereut zu werden braucht. Die Gewerkschaftsbewegung ist dadurch fröhlicher geworden und wird auch die neuen Aufgaben leichter bewältigen können, die in der Zukunft an sie herantreten werden. Der Bundesvorstand hat beschlossen, den Ausbau der Tarifstatistik in die Wege zu leiten. Das wird um so leichter sein, als bereits eine Anzahl unserer Verbände eine mehrzweckig ausgebaute Tarifstatistik besitzen. Der Reichstag hat kurz vor seinen Ferien Zollerhöhungen für eine Reihe wichtiger Lebensmittel beschlossen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Lebenshaltung werden vom Vorstand eingehend verfolgt werden. Eine der nächsten Bundesausführungen wird sich dann ausschließlich mit den gesamten Fragen der Landwirtschaft beschäftigen müssen. Auf der nächsten Tagung der „Gesellschaft für Soziale Reform“ werden Referate über das Schlichtungswesen von den Professoren Singheimer und Bedersath gehalten werden; ferner ein Referat von Professor Brics über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik. Die Verbände werden auf diese Tagung besonders hingewiesen. Die Fertigstellung unserer Bundesbeschlüsse ist durch den langen Winter leider verzögert worden. Der Betrieb wird daher erst bei Beginn des neuen Jahres aufgenommen werden können. Der Vorstand erbittet die Genehmigung des Bundesausführers für die Abhaltung einer Vorbesprechung der Sachbearbeiter zu den Fragen des praktischen Schulbetriebes. Dieser Vorbesprechung werden Vorschläge unterbreitet werden, die dann später vom Bundesausführer zu genehmigen sind und nach denen die Vorbereitungen für den gesamten Schulbetrieb vor sich gehen werden. Schließlich begrüßte Leipart den Vizepräsidenten des japanischen Gewerkschaftsbundes, Matsumoto, der als Vertreter seiner Organisation an der letzten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf teilgenommen hat und nunmehr Wert darauf legt, wenigstens kurze Zeit an einer Sitzung des Bundesausführers teilzunehmen.

Der Bundesausführer genehmigte nach kurzer Debatte den Vorstandsbericht.

Der zweite Verhandlungstag erhielt einen traurigen Auftakt durch die Nachricht von dem schrecklichen Explosionsunglück im Waldenburger Bergrevier. Leipart sprach den Hinterbliebenen das herzlichste Beileid des Bundesausführers aus und ver sprach, daß die Gewerkschaften mit aller Kraft für eine weitere Verbesserung des Gruben-schutzes eintreten werden.

Dann erhielt Spliebt das Wort zu seinem Bericht über die Reformvorschläge zur Arbeitslosenversicherung des vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Sachverständigenausschusses. Nach einer kurzen Schilderung der Entwicklung der Finanzschwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung gab Spliebt einen Überblick über die Arbeiten der für die Reform der Arbeitslosenversicherung eingesetzten Sachverständigenkommission. Er betonte, daß der Vorschlag der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses insbesondere von den freien Gewerkschaften um deswillen gemacht worden sei, um den teilweise äußerst unglücklichen Parteistreit in eine ruhigere Atmosphäre überzuführen. Jedoch hätten sich die auf den Ausschuss gestellten Erwartungen schon darum nicht erfüllen können, weil die für die Beratungen vorgesehene Zeit von vier Wochen gänzlich unzureichend gewesen sei, um die wirklich schwierigen Probleme der Arbeitslosenversicherung erschöpfend zu behandeln. Aus diesem Grunde seien beispielsweise die Heimarbeiterfrage und die Frage der unständig Beschäftigten nicht positiv geregelt, sondern dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt zur näheren Beschließung überlassen worden. Der Ausschuss selbst dagegen habe sich vorwiegend, neben der Behandlung einzelner

Mißstände, mit den finanziell besonders ins Gewicht fallenden Fragen beschäftigt. Zum Verständnis der Beschließung des Ausschusses sei im übrigen die Art der Zusammensetzung entscheidend. Die freien Gewerkschaften hätten zusammen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion nur über fünf Stimmen verfügt. Es sei auch kein wesentlicher Rückhalt an den Vertretern der anderen Gewerkschaftsrichtungen zu finden gewesen, weil insbesondere die Christlich-Sozialen Gewerkschaften in ihrem Bestreben, Ersatzklassen für die Angestellten zu schaffen, jegliche Solidarität hätten vermissen lassen. Aber auch die im Ausschuss vertretenen Länderregierungen hätten sich weitgehend bereit gezeigt, an Verschlechterungen der Versicherung mitzuwirken. Leider müßte dieser Vorwurf auch in vollem Umfange gegenüber dem preußischen Vertreter erhoben werden. Auf die Einzelheiten der Kommissionsberatungen eingehend, stellte Spliebt in den Vordergrund seiner Ausführungen, daß die den dort angestellten Berechnungen zugrunde gelegte Schätzung der voraussichtlichen Arbeitslosigkeit über jedes gerechtfertigte Maß hinausgegangen sei. Die Schätzung einer Jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 1,1 Millionen Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung sei weder durch die Erfahrungen der Vergangenheit zu belegen, noch durch die zu erwartende Entwicklung des Arbeitsmarktes begründet. Auf dieser falschen Schätzung bauten sich aber die wichtigsten Ergebnisse der Kommissionsberatungen auf. Der Vorschlag der freien Gewerkschaften, eine Beitragserhöhung um 1 Proz. des Lohnes vorzunehmen, sei abgelehnt worden. Gewählt worden sei der Weg der Kombination einer Beitragserhöhung um 1/2 Proz. des Lohnes einerseits und Einparungen in der Unterstufung andererseits. Diese Einparungen sollten zu einem wesentlichen Teile durchgeführt werden durch eine Staffelung der Unterstufungshöhe nach der vorausgegangenen Anwartschaftszeit, so daß in Zukunft nur bei einer mindestens 52wöchigen, nicht durch Unterstufungsbezug unterbrochenen Beschäftigungsdauer die heutigen Unterstufungshöhe erreicht werden könnten. Die Annahme eines solchen Vorschlages würde für fast 75 Proz. der Arbeitslosen eine wesentliche Herabsetzung ihrer Unterstufung bedeuten. Es sei auch zu bestreiten, daß die weiterhin vorgeschlagene Modifikation dieses Antrages, wonach die Gruppe I bis VI von der Kürzung unberührt bleiben sollte, im Interesse der allgemeinen sozialpolitischen Aufgaben der Versicherung, die sie insbesondere auch für qualifizierte und höher entlohnte Berufsgruppen habe, gelegen sei. Für ebenso untragbar, wie die Annahme eines solchen Antrages, bezeichnete Spliebt die von der Kommission beschlossene Verlängerung der Wartezeit für Hauptunterstützungsempfänger ohne Zuschlagsberechtigte auf zwei Wochen. Ebenso äußerte er erhebliche Bedenken gegen die weiterhin vorgesehene Senkung der Unterstufung bei Ortswechsel durch Anpassung an das Lohnniveau des jeweiligen Unterstufungsortes. Dieser Antrag, der vorwiegend für die Saisonarbeiter Bedeutung habe, werde nun aber noch weiter dadurch außerordentlich verschärft, daß darüber hinaus eine allgemeine Senkung der Saisonarbeiterunterstützung auf die Höhe der Reisenunterstützung und eine allgemeine Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter, auch für solche mit Angehörigen, beschlossen worden sei. Durch diese Beschlüsse sei der mit dem vorher erwähnten Stafflungsantrag von seinen Erhebren insbesondere verbundene Zweck, eine Sonderregelung für die Saisonarbeiter überhaupt überflüssig zu machen, praktisch unmöglich geworden. Spliebt wies des weiteren noch darauf hin, daß in der Folge der eigentlichen Mißstände und erkennbaren sozialpolitischen Überpannungen geeignete Vorschläge auch die Zustimmung des A. D. G. B. gefunden hätten. Es sei eine Reihe einstimmiger Beschlüsse zustande gekommen, so z. B. über den Begriff der Arbeitslosigkeit, über Anrechnung von Wartezeit und Ruhegehalt, über eine beschränkte Anrechnung der sozialen Renten. Unmöglich ist jedoch die Zustimmung zu den eigentlichen Abbauanträgen gewesen, und zwar um so mehr, als nach den von den Sachverständigen des A. D. G. B. angestellten Berechnungen auch eine Beitragserhöhung um nur 1/2 Proz. zusammen mit den auch von ihnen anerkannten Erparungsmöglichkeiten aller Wahrscheinlichkeit nach völlig ausreichend sei, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen. Er sei sich darüber klar, daß diese Mehrheitsvorschläge des Ausschusses im Reichstage eine schwierige politische Lage schaffen werden. Auf der anderen Seite aber müsse er betonen, daß diese Schwierigkeiten seiner Meinung nach mit allen Konsequenzen in Kauf genommen werden müßten, wenn es gälte, einen ungerechtfertigten Abbau der Arbeitslosenversicherung zu verhindern.

Für die Debatte hatten sich von vornherein zahlreiche Gegner gemeldet, die sich energig gegen Verschlechterungsabsichten in der staatlichen Arbeitslosenversicherung wandten. In seinem Schlusswort bat Spliebt um die einstimmige Annahme der Resolution. Es ist nicht daran gedacht, die Heimarbeiter der Versicherung zu entziehen. Ob später im einzelnen Unterschiede herauskommen, das kann natürlich niemand voraussehen. Der Ausgleich des Lohnniveaus ist tatsächlich ein schweres Problem. Im Prinzip sollte man die Normalarbeitszeit zur Grundlage machen; praktisch kommt man dabei allerdings in große Schwierigkeiten. Wir haben ein äußerst liberales System: 28 Wochen Arbeit, 28 Wochen Unterstufung; eine Woche Beitrag, eine Woche Unterstufung. Wir werden auch im nächsten Jahre weiterhin eine stark saisonmäßige Arbeitslosigkeit behalten. Das

liegt an den klimatischen Verhältnissen in Deutschland, das liegt an der Struktur unserer Wirtschaft. Bei den kommenden Verhandlungen im Reichstag muß die Partei wissen, wie weit sie zu gehen hat. Klarheit ist immer noch das Beste bei allen diesen Kämpfen.

Zusammenfassend stellte Leipart die Übereinstimmung des Ausschusses fest in der entscheidenden Ablehnung der Vorschläge des Reformausschusses. Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, daß nur die Arbeitslosigkeit die Opfer der Nationalisierung tragen soll. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe der Zeit geringer werden. Wir können es nicht zugeben, daß der Reichsfinanzminister bei seiner Ablehnung verbleibt, der Reichsanstalt auf keinen Fall Sonderbeträge zur Verfügung zu stellen. Wie gering erscheine eine solche Summe gegenüber den riesigen Lohnverlusten, die durch den Arbeitsausfall entstehen. Die Gewerkschaften haben eine Erhöhung der Beitragslasten angeboten; die andere Seite hat sie nicht angenommen. Was die Unternehmer betrafen, haben, wird letzten Endes doch auch von der Arbeitslosigkeit erarbeitet. Erst sprach man nur von Mißbräuchen —; jetzt soll dieser Einwand plötzlich nicht mehr gelten? Jetzt soll eine Verminderung der Leistungen notwendig sein? Die Gewerkschaften werden sich dagegen zur Wehr setzen.

Einstimmig wurde sodann folgende Entschlüsselung angenommen:

Der Bundesausführer lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung offensichtlichster Mißbräuche und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzesauswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen eintreten lassen, entschieden ab.

Die Staffelung der Unterstufungshöhe nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verletzung der elementarsten sozialpolitischen Grundfätze. Die Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen stellt eine untragbare Härte dar. Untragbar ist die noch weit hierüber hinausgehende Unterstufungsbeschränkung für die Saisonarbeiter.

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterstufteiler zugrunde gelegt wird. Der Bundesausführer erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so furchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit faktisch zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energig Abwehrrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich um so weniger begründen, als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer erträglichen Regelung der Saisonarbeiterunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausführer von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Bestrebungen. Er stimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

Anschließend berichtete Schlime im Auftrage der Kommission zur Durchführung der Verwaltungsreform über die Vorschläge zur Stafflung einheitlicher Abtrittsbestimmungen. In der Bundesgesetzgebung ist vorgeschrieben, daß bei Berufswechsel die Mitglieder unter Anrechnung ihrer geleisteten Beiträge zu der Gewerkschaft des neuen Berufs überzutreten sollen, wenn die Beschäftigung im neuen Beruf die Dauer von drei Monaten überschreitet. Mit der Einföhrung der Invalidenunterstützung in den Gewerkschaften haben sich Schwierigkeiten ergeben, weil von den bisher 35 Verbänden nur etwa 22 mit rund 3,5 Millionen Mitgliedern diesen neuen Unterstufungszweig beschlossen oder durchgeführt haben und die Mitglieder beim Abtritt zu den Verbänden ohne Invalidenunterstützung Gefahr laufen, ihre erworbene Anwartschaft auf eine fortlaufende Invalidenunterstützung zu verlieren. Umgekehrt werden bei Abtritten zu einem Verbande mit Invalidenunterstützung die in der früheren Gewerkschaft geleisteten Beiträge auf diesen Unterstufungszweig nach ganz verschiedenen Grundfätzen angerechnet. Die Leistungen und Gegenleistungen in diesem für die Mehrzahl der Gewerkschaften neuen Unterstufungszweig sind außerdem auf Grund der verschiedenartigen Struktur und der grundverschiedenen Risiken nicht einheitlich und können es auch nicht sein. Handelt es sich doch hierbei um Unterstufungen, die im Falle der Invalidität von einzelnen Verbänden schon jetzt an tausende Mitglieder und in Einzelfällen länger als 30 Jahre ununterbrochen gewährt werden. Die Gewerkschaften haben ferner vielfach ihren alten treuen Mitgliedern die Mitgliedsjahre weitgehend angerechnet und damit, ohne daß besondere Beiträge nennenswerter Zahl geleistet wurden, die Zahlung fortlaufender

monatlicher Unterstühtungen im Fall von Invaldität garantiert. Um nun Härten bei Ubertritten zu vermeiden, mußte der Versuch einer einheitlichen Regelung unternommen werden, ohne daß den Einzelverbänden tragbare Lasten aufgebürdet wurden.

Die vorgelegten Richtlinien der Kommission wurden zur Kenntnis genommen. Die Verbandsvorstände sollen ihre Stellungnahme dem Bundesvorstand schriftlich mitteilen. Es bleibt dann dem Vorstand des DGB, vorbehaltlich, die Kommission noch einmal später mit der Frage zu beschäftigen.

Zum Schluß erledigte der Bundesausschuß eine Reihe interner Fragen.

Korrespondenzen

Mugsburg. In der Ortsvereinsversammlung vom 5. Juli berichtete Kollege Stier über den Verbandstag in Frankfurt a. M. Seine ershöpften Ausführungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Die anschließende Aussprache ergab ein weitestgehendes Einverständnis mit dem vom Verbandstag gefassten Beschlüssen. Unter Punkt „Beschließenes“ wurden mehrere Überforderungen der Lehrlingsliste bekanntgegeben. Der Gehilfenausschuß wurde wiederholt diesbezüglich bei der Handwerkskammer und bei dem Prinzipalvorsitzenden vorstellig, leider konnten diese Übergriffe bis heute noch nicht abgestellt werden, weil von den Lehrern der Angelegenheit nicht das notwendige Interesse entgegengebracht wird. Der Vorsitzende des Gehilfenausschusses hat sich nunmehr an den Gauvorsitzenden gewandt, um eine Änderung dieser Verhältnisse herbeizuführen.

Borna b. Leipzig. (Salbjahrsbericht.) In der am 20. Januar abgehaltenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Kollege Wehme einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit der Ortsgruppe und des Verbandes und ersuchte alle Kollegen um rege Teilnahme an allen Veranstaltungen des Ortsvereins im kommenden Jahre. Aus der von ihm geleiteten Lehrlingsabteilung konnte er manches Erfreuliche berichten. Der vorjährige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der vom 6. Januar bis 2. Februar vom Kollegen Helbig (Leipzig) abgehaltene Griechisch-Kursus fand bei allen Teilnehmern ein großes Interesse und wurde trotz der großen Kälte gut besucht. — Kollege Peltka, Vorstandsmitglied der Leipziger Handsehervereingung, berichtete uns in der Versammlung im Februar über die Dritte Handseherpräsidentenkonferenz in Berlin. — Unter diesjähriges Stiftungsfest feierten wir in Form eines Schlachtfestes, welches einen harmonischen Verlauf nahm. — In der Märzversammlung wurde neben der Tagesordnung eine Kundgebung Altendorfer Druckfabrik besprochen. In der Lehrlingsabteilung hielt Kollege Pertermann einen zweiten Vortrag über „Herstellung und Verwendung der Drucktücher“, zu welchem auch die Gehilfen eingeladen waren. Auch in diesem Jahre konnten wieder einige Neuausgeworbene von der Lehrlingsabteilung in die Ortsgruppe und den Verband übertreten. Unter herbeizugewandten Worten des Vorsitzenden wurden sie aufgenommen. Als Delegierte zum Jubiläum des Bildungsverbandes der Ortsgruppe Leipzig waren die Kollegen Wehme und Helbig bestimmt, die in dieser Versammlung Bericht über den Verlauf des Festes gaben. — Zu der Monatsversammlung im Mai wurde der Leipziger Gauvorsitzende, Kollege HessebARTH, zu einem lehrreichen Vortrag über „Arbeitsgesetz und Arbeitsgerichtsbarkeit“ gewonnen. Der Referent betrachtete in seinen Ausführungen das Betriebsratsgesetz, das Arbeitsgerichtsrecht, die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung. In der anschließenden Diskussion gab der Vortragende noch weitere Erklärungen, so daß alle Kollegen reichen Nutzen aus den Gehörten ziehen konnten. Die nächste Versammlung soll eine Wanderversammlung nach Röhka sein. In verschiedenen Drucker- und Buchdrucker-Veranstaltungen betrafen Feiertagsentschädigung und Arbeitszeit wurden durch das Arbeitsgericht entschieden. Die Arbeitslosigkeit war am Orte in diesem Halbjahr nicht die günstigste. Während in einem Betrieb kurz gearbeitet wurde, mußte in andern Betrieben zu Entlassungen geschritten werden, so daß wir einige Arbeitslose zu verzeichnen haben.

Emden. Am 15. Juni feierte der Ortsverein Emden sein 25 jähriges Bestehen. Das Gründungsdatum ist der 13. Februar 1904. Um das traditionelle Johannistfest damit verbinden zu können, wurde die Festlichkeit in den Sommer verlegt. Der große Saal des „Tivoli“ war gut besetzt, als das Fest mit einem von einer jungen Dame gesprochenen Prolog seinen Anfang nahm. Die Bühne war wirkungsvoll geschmückt, im Hintergrund stand auf einem Podest der alte Gutenberg, sein erstes Buch im Arm. Rechts und links von ihm einige junge Damen und Kollegen, über sich einen Spruch haltend. Aus diesem Rahmen heraus kam der Prolog, eine Hymne auf Gutenberg, sehr gut zur Geltung, wie überhaupt das Bild in seiner wechselnden Beleuchtung einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden herzlich willkommen geheißen und besonders den Festredner, Kollegen Gohert aus Bremen, die auswärtigen Kollegen und die Vertreter des hiesigen Ortsausschusses des DGB und der befreundeten Gewerkschaften begrüßt hatte, erwähnte er einige Daten aus dem Organisationsleben der Emdener Buchdrucker, die zeigten, daß auch die hiesigen Kollegen sich schon früh um die Organisation kümmerten. So ist gewiß erwähnenswert, daß bereits einmal, am 1. Juni 1875, ein Ortsverein Emden gegründet wurde, der aber unter dem Druck der scharfen Kontrolle der Behörden nicht zur Geltung kam und von dem Bestimmtes nicht ermittelt werden konnte. Erwähnt wird aber stets von den alten Kollegen, daß damals viele Versammlungen abgehalten, Statuten beraten wurden usw. Eine statistische Anzahl Gliedwünsche konnten zur Verlesung gebracht werden. Dann ergriß Kollege Gohert das Wort zur Festrede. Er führte u. a. aus, daß 25 Jahre eine Summe Arbeit, Abzehrungstreue und Opferinnung bedeuten, wies dann auf die Reparationskosten

hin, die letzten Endes doch die Arbeiter zu fragen haben, und hob den hohen Wert der Organisation und des Tarifgedankens hervor. Dem Ortsverein Emden stellte er das Zeugnis aus, daß er innerhalb des Gaues Nordwest nicht der schiefste und immer bestrebt gewesen sei, im Rahmen des Gaues sich für das Wohl der Kollegen mit aller Kraft und Gehilfenheit einzusetzen. Zum Schluß brachte er dem Ortsverein die herzlichsten Glückwünsche des Gaues und des Bezirks Bremen. Die Ergrüßung der Jubilare hatte Kollege Pertermann. Vorsitzender des Bezirks Ostfriesland, übernahm. Er überreichte den Kollegen Böhm ein e. Kuhlmann, Kengenius und Toll mit einigen anerkennenden Worten zur Erinnerung ein hübsch eingerahtes Bild des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Seitz mit entsprechender Widmung. Der vergnügliche Teil wurde durch eine imposante Fackelparade eingeleitet. Der Festball hielt die Kollegen und deren Gäste bis zur Frühe des nächsten Tages in gemühtester Stimmung beisammen.

Gera. Die dritte Bezirksversammlung in diesem Jahre fand am 7. Juli beschlußgemäß in Klosterlausnitz statt. Sie hätte aber bestimmt besser besucht sein können, fehlten doch von Gera die Mitglieder aus einer ganzen Anzahl Druckerereien. Der Versammlung wohnte Gauvorsitzender Wislaug (Weimar) und eine Anzahl Mitglieder des Ortsvereins Eisenberg (aus altem Anhängertätigkeitgefühl als ehemaliger Bezirksort) und ein Kollege aus Jena bei. Nach Begrüßung der Mitglieder und Gäste und Erledigung verschiedener Tagesordnungspunkte erstattete dann Vorsitzender Kollege W. Franke Bericht von dem 14. Verbandstag in Frankfurt a. M., dem Genannter als Delegierter beigewohnt hatte. Er ging speziell auf die dort behandelten Haupttagsordnungspunkte und — beschließt ein, streifte die in der geschlossenen Sitzung behandelten Fragen und sprach am Schluß die Hoffnung aus, daß die dort gefassten Beschlüsse sich zum Nutzen der Mitglieder und der Organisation auswirken mögen. Die Aussprache über den Bericht ergab bis auf einen Anhänger der „Opposition“ das Einverständnis der Versammlungsteilnehmer mit den in Frankfurt gefassten Beschlüssen, so daß sich der Berichterstatter nach der Aussprache, in die auch Kollege Wislaug einige Male eingriff, in seinem Schlusswort kurz fassen konnte. Reicher Beifall der Versammlungsteilnehmer dankte dem Referenten für seine Ausführungen. Im Anschluß an das Referat und bedingt durch die Beschlüsse des Verbandstages wurde die sofortige Aufhebung der Sterbefallunterstützungseinrichtung nach Aussprache beschloffen. Als nächster Versammlungsort wurde Gera bestimmt. Die Versammlungsteilnehmer erhielten ein Zehnseitiges 2 M. Invaldis und Arbeitslose 3 M., Durchreisende 5 M. Der Ortsausschuß Hermsdorf hatte ein Begrüßungsschreiben zur Tagung gelangt und zu seinem am Nachmittag stattfindenden Gewerkschaftsfest eingeladen, welchem Wünsche auch etwa 50 Versammlungsteilnehmer (nebst nachgekommenen Damen) nach einem Spaziergang entsprangen. Ein überaus trübes Bild über die Beschäftigungsmöglichkeit in Bezirk entrollte die Mitteilung des Kassierers Roth, daß bei einer Mitgliederzahl von rund 325 immer noch 35 Arbeitslose vorhanden sind, zu denen noch 11 Kranke und 20 Invaliden hinzukommen. Von den Arbeitslosen sind eine ganze Anzahl Ausgeteuerter. (Dabei hat der Präsident für das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland unser Berufsangehörigen von der Arbeitslosensicherung durch eine Verfügung vom 7. Juli d. J. ausgeschlossen, wogegen inzwischen vom Bezirk Gera als auch vom Gau Protest eingereicht worden ist.)

Hamburg-Altona. In unserer Versammlung am 10. Juli teilte Vorsitzender Kunze mit, daß die Kollegen Emil Zimmermann und Rudolf Kehler gestorben sind. Mit dem Kollegen Zimmermann ist ein langjähriges treues Verbandsmitglied dahingegangen, der auch in verschiedenen Ehrenämtern pflichtgetreu tätig gewesen ist. Das Andenken der Verstorbenen wurde in üblicher Weise geehrt. Nach Verlesen der Erwerbslosenziffer wurde bekanntgegeben, daß im Juli und August keine weiteren Versammlungen stattfinden werden. Sodann erstattete Kollege W. Reinhold seinen Bericht vom Verbandstag in Frankfurt a. M. In fast einstimmigen Ausführungen ging Redner auf den ideellen Teil der Verhandlungen ein und gab die angenommenen Entschlüsse bekannt. Siehe auch Nr. 61, 62, 63 und 64 des „Korr.“ Die materielle Seite behandelte sodann Kollege F. Cori. Redner berichtete in eingehender Weise über die Arbeit der materiellen Kommission und erläuterte die vom Verbandstag angenommenen Beschlüsse auf dem Gebiete des Unterstützungswezens. Sämtliche Beschlüsse über Beitragsfestsetzungen und Unterstützungen treten mit dem 4. Quartal 1929 in Kraft, während der Umgestaltung der Witwenkasse eine Frist bis zum nächsten Verbandstag gesetzt ist. Die Aussprache wurde von vier Kollegen bestritten. Im Schlußwort setzte sich Kollege Reinhold kurz für die Kritik auseinander und führte zutage getretene Mißverständnisse auf. Kollege E. Herzog gab die Gründe bekannt, weshalb er sein Mandat zum Verbandstag nicht ausüben konnte. Den Bericht des Vergnügungsausschusses gab sodann Kollege Reinhold. Die beiden Veranstaltungen erforderten einen Zuschuß von 2331,85 M. aus der Gaukasse. Zum Schluß erfolgte die Neuwahl des Vergnügungsausschusses.

Hannover. (Mitschnitt.) Am 7. Juli hielt der Bezirksverein Hannover eine Wanderversammlung in Hameln a. d. W. ab, die von 41 Kollegen aus Hannover, 7 aus Hameln, einem aus Celle und einem Durchreisenden besucht war. Nach Begrüßung der Versammlung durch den zweiten Vorsitzenden Döschner (Hannover) und dem Kollegen Wille (Hameln) wurden einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Sodann hielt der erste Vorsitzende Benbach (Hannover) einen ausführlichen Vortrag über den Schichten Deutschen Maschinenfahrgenossen in Frankfurt a. M. In seinen Ausführungen verdrückte er sich über die Arbeit, die auf dem Kongreß zu bewältigen war, und schloß mit dem Wunsch, daß sie sich nützlich auf alle Kollegen auswirken möge. — Leider waren eine Dampferfahrt auf der Weser und Spaziergänge in die schöne Hamelner Umgebung am Nachmittag wenig vom Wetter begünstigt.

Heide i. Holstein. Zum Sonntag, dem 7. Juli, hatte der Bezirksvorstand zur Bezirksversammlung nach Brunsbüttel eingeladen. 97 Kollegen waren dieser Einladung gefolgt; b. h., wie immer in den letzten Jahren, 90 Proz. der im Bezirk anwesenden Kollegen. Es ist dies wohl der Beweis dafür, daß die „Provinz“-Kollegen an Gemeinheitsinteresse den Großstadtkollegen nicht nachstehen. Gauvorsitzender Kollege Prüfer (Riel) berichtete vom Frankfurter Verbandstag, in Anbetracht der zur Verfügung stehenden geringen Zeit erwähnte er allerdings nur die Angelegenheiten und Vorkommnisse, die aus taktischen Gründen im „Korr.“ nicht veröffentlicht wurden. Es waren an sich recht interessante Ausführungen, wofür dem Kollegen Prüfer lebhaft gedankt wurde. Als nach 2 1/2 stündiger Sitzung Kollege Blum (Heide) die Versammlung schloß, wurde im Tagungslokal ein gemeinschaftliches Mittagsmahl eingenommen; jeder Versammlungsteilnehmer erhielt 3 M. Zehnpfeifen aus der Bezirkskasse sowie die Fahrtvergütung aus der Gaukasse. — Am Nachmittag folgte eine Besichtigung der sehenswerten Schleusenanlagen, den Toren des Nord-Östsee-Kanals zur großen Welt.

M. Karlsruhe. (Mitschnitt.) Infolge der am Tage vorher abgehaltenen Ortsvereinsversammlung war unsere Bezirksversammlung leider nur mäßig besucht. Kollege Preßel begrüßte die Erschienenen, insbesondere Kollegen Hermann Müller (Freiburg). Die der Versammlung zugrunde liegende Tagesordnung: Vereinstätigkeiten, Aufnahmen, Bericht vom 6. Deutschen Maschinenfahrgenossen, verschiedenes, wurde gutgeheißen. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten konnten wieder fünf Kollegen unserer Sparte zugeführt werden, so daß die Kollegen in unserm Bezirk fast rektlos für unsere Sache gewonnen wurden. Hierauf ergriß Kollege Müller das Wort zu seinem Bericht über den 6. Deutschen Maschinenfahrgenossen. Er verstand es, durch seinen vorzüglich ausgearbeiteten Bericht die Anwesenden bis zum Schluß zu fesseln. Am Vortrag interessierte hauptsächlich all das, was im offiziellen Bericht des „Korr.“ keinen Niederschlag gefunden hatte. Kollege Müller konnte am Schluß seiner mit regem Interesse verfolgten Ausführungen den Dank der Anwesenden durch reichen Beifall entgegennehmen. In der Aussprache über den Bericht kam zum Ausdruck, daß die vom Kongreß geäußerte abfällige Kritik an dem vom Bezirk Karlsruhe gestellten Antrag, der die Frequenzierung der Maschinenfahrgenossen durch Sperrung der Arbeitslosenunterstützung zu bekämpfen suchte, nicht angebracht gewesen sei, zumal ein von anderer Seite gestellter Antrag, der dasselbe Endziel, nur mit andern Mitteln, wollte, einstimmig angenommen wurde. Mit Genugtuung wurde dann Kenntnis genommen, daß die anderen vom Beirat gestellten Anträge zur Annahme gelangten. In der Angelegenheit des Brandenburger Maschinenfahrgenossen wurden die ideellen Beweggründe, die zur Meinungsverschiedenheit mit dem Verbandsvorstand geführt hatten, voll gewürdigt, aber doch nachdrücklich herorgehoben, daß Disziplin unter allen Umständen oberster Grundsatz jedes Verbandsmitgliedes sein müsse, um die Geschlossenheit der Organisation nicht zu gefährden. Sehr scharfe Beurteilung fanden auch die vom Berichterstatter wiedergegebenen Beispiele, wie sich manche Kollegen zu Überstunden und zur Sonntagsarbeit drängen, und die vom Kongreß getroffenen Unterbindungsmaßnahmen wurden gutgeheißen. Zur Sprache gebracht wurde auch das Verhältnis zwischen Hand- und Maschinenfahrgenossen und betont, daß es keinen Abbau, sondern nur einen Aufbau der Röhne geben könne. Nachdem noch Kollege Müller auf verschiedene in der Diskussion aufgeworfene Fragen zufriedenstellend geantwortet hatte, konnte der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung schließen.

Mannheim. In der Bezirksversammlung am 6. Juli standen 15 Kollegen zur Aufnahme, die, soweit sie anwesend waren, einstimmig erfolgte. Der beiden verstorbenen Kollegen Scheffel und Alt wurde in üblicher Weise ehrend gedacht. Unter „Geschäftlichem“ wurde u. a. auch der Ausschluß eines Kollegen zur Kenntnis gebracht, der gleichzeitig Mitglied des Gutenbergbundes war. Hierauf erstattete der Vorsitzende des Bezirksvereins Darmstadt, Kollege Max Boltart, den Bericht vom 14. Verbandstag. Der Redner entließte sich dieser Aufgabe in bester Weise, da er alles Wissenswerte erschöpfend behandelte. Von einigen Ausnahmen abgesehen, bewegte sich die Diskussion auf keiner besonderen Höhe. Ein Kollege bewertete das Ergebnis des Verbandstages als mager. Auch das Schlichtungswezen, das eine Erhöhung der Realöhne verhinderte, wurde einer Kritik unterzogen. An Hand von Tatsachenmaterial war es dem Gauvorsitzender Conrad ein leichtes, die Kritik über den Kollegen zu widerlegen, was in gleicher Weise seitens des Referenten geschah. Die Versammlung bewies durch ihren lebhaften Beifall, den sie dem Referenten zollte, daß sie sich auf den Boden der Verbandstagsbeschlüsse stellte, die Klarheit nach innen und außen und Ausbau und zeitgemäße Festigung der ideellen und materiellen Fundamente unserer Berufsorganisation zeitigten.

Donauwörth. In der diesjährige Hauptbezirksversammlung am 7. Juli in Quadenbrunn erfreute sich eines guten Besuchs. Galt es doch, auch am Nachmittag das 25 jährige Jubiläum des Ortsvereins Donauwörth zu feiern, verbunden mit dem Johannistfest. Zu feiern. Nach dem vom Gauverein „Typographia“ prächtig vorgetragenen „Lob Joleon“ eröffnete der Vorsitzende Herzog die Versammlung mit herzlichem Begrüßungswort und wies auf die Bedeutung des Tages hin. Es folgten einige Mitteilungen des Vorstandes interner Natur und darauf der Bericht des Vorsitzenden über den 14. Verbandstag in Frankfurt a. M. In recht anschaulicher Weise schilderte der Vortragende die einzelnen Etappen der Verhandlungstage. Mit großem Interesse folgten die Kollegen den Ausführungen, und der Beifall am Schluß zeigte, daß man die Arbeit unseres Verbandsparlamentes anerkennt. Nach kurzer Aussprache wurde dann der Bezirksort für die nächste Bezirksversammlung gewählt. Dann folgte die Feierlichkeit im schön geschmückten Saale. Kollege Herzog u. a. hielt die Festrede und überreichte namens des Gauverbandes und des Bezirksvereins

